Ressort: Finanzen

Banken machen gegen EU-Richtlinie für Zahlungsverkehr mobil

Berlin, 21.10.2014, 17:19 Uhr

GDN - Die deutsche Kreditwirtschaft macht mobil gegen die neue Zahlungsdiensterichtlinie "Payment Service Directive 2" (PSD2), die gerade in Brüssel verhandelt wird: Mit dieser wollen EU-Politiker Wettbewerb und Innovation fördern und den Markt für Zahlungsdienstleister öffnen, die kostengünstiger als Banken sind und es den Verbrauchern ermöglichen, auch ohne Kreditkarte grenzüberschreitend online einzukaufen. Gefördert werden damit unter anderem Direktüberweisungsverfahren, bei denen Kunden ihre Geheimnummern fürs Onlinebanking auf der Internetseite des Drittdienstes eingeben, wie das "Handelsblatt" (Mittwochsausgabe) berichtet.

Derzeit agieren diese Dienste noch in einer rechtlichen Grauzone. Die Deutsche Kreditwirtschaft warnt als Zusammenschluss der Bankenverbände in drei Briefen vor den Folgen der neuen Regulierung. In den Briefen, die vor wenigen Tagen an Verbraucherschutzminister Heiko Maas (SPD), Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gingen, schreiben die Banken laut "Handelsblatt": "Wir bitten Sie eindringlich darum", an dem Prinzip festzuhalten, dass die "höchstpersönlichen Zugangsschlüssel nicht von Dritten genutzt werden dürfen". Für die Banken ist die Sicherheit des Zahlungsverkehrs und der Datenschutz in Gefahr. Die geplante Regulierung "kann dazu führen, dass Verbraucher künftig noch stärker von Drittanbietern dazu verleitet werden, ihre Geheimnummern fürs Onlinebanking (Pin und Tan) auf ungeschützten Internetseiten dieser Dienste einzugeben. Nach dem derzeitigen Richtlinienentwurf nimmt der europäische Gesetzgeber diese Sicherheitsgefahren billigend in Kauf", warnte Matthias Hönisch, Zahlungsverkehrsexperte beim Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken BVR. Die Institute fürchten, dass die Schadensfälle im Onlinebanking zunehmen könnten, wenn sich Betrüger unter die Dritten mischen oder Kunden von Hackern angegriffen werden. Dass die Kunden sich im Schadensfall zuerst an die Bank wenden sollen, das Institut wiederum die Kosten beim Dritten eintreiben muss, sei "völlig unangemessen und bürdet der Kreditwirtschaft nicht kontrollierbare Risiken auf", heißt es der Zeitung zufolge in den Briefen. Außerdem warnen die Banken davor, dass Drittanbieter, zu denen künftig auch soziale Netzwerke zählen könnten, mehr Kontoinformationen der Kunden auslesen und diese mit anderen personenbezogenen Daten verknüpfen, um daraus Geschäfte zu generieren.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-43172/banken-machen-gegen-eu-richtlinie-fuer-zahlungsverkehr-mobil.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619